



NEIN ZU ANTIMUSLIMISCHEM RASSISMUS UND DISKRIMINIERUNG – DEMOKRATIE UND VIELFALT SCHÜTZEN!

Aktuelle Befunde deuten darauf hin, dass rassistische Diskriminierung in der Schweiz insgesamt zunimmt. Die Fachstelle für Rassismusbekämpfung des Bundes gibt an, 2024 seien 1.2 Mio. Menschen rassistisch diskriminiert worden. Das Beratungsnetz für Rassismuspfer verzeichnete 2024 einen Anstieg der Fälle um fast 40 %. Die Dunkelziffer ist weit höher.

Die SP Kanton St.Gallen spricht sich für gelebte Vielfalt aus und wehrt sich gegen alle Formen von Rassismus und Diskriminierung.

Rassismus ist in der Schweizer Gesellschaft strukturell verankert und wirkt intersektional (verschiedene Diskriminierungsformen überschneiden bzw. verstärken sich gegenseitig). Auch antimuslimischer Rassismus stellt ein ernstzunehmendes Problem dar. Er zeigt sich in verschiedenen Lebensbereichen und diskriminiert Muslim*innen und muslimisch gelesenen Personen im Alltag auf unterschiedliche Weise durch systematische Ausgrenzung, Benachteiligung und Herabwürdigung. Die Eidgenössische Kommission gegen Rassismus definiert antimuslimischen Rassismus als eine ablehnende Haltung und Einstellung, bei der Muslim*innen aufgrund von bestimmten Merkmalen von Kultur, Religion und Herkunft als «fremd» konstruiert werden.¹ Die Wahrnehmung von Muslim*innen als fremd bezweckt und “rechtfertigt” wiederum ihre Marginalisierung, Diskriminierung und Anfeindung.

Die Anfeindung und Ausgrenzung von Muslim*innen und migrantisierten Menschen wird geprägt und vorangetrieben von einer antimuslimischen und menschenfeindlichen Politik, die rechtsbürgerlichen Parteien und anderen rechten Gruppierungen zuzuschreiben ist. Jegliches politische Instrument wird genutzt, um islamfeindliche und xenophobe Strukturen aufzubauen und zu stärken.

Antimuslimischer Rassismus wirkt intersektional. Besonders betroffen sind muslimische Frauen, die aufgrund ihres Geschlechts, ihrer Religion und ihrer sozialen Zuschreibungen mehrfach diskriminiert werden. Dabei konzentrieren sich gesellschaftliche Debatten selektiv auf bestimmte Gruppen. Während kopftuchtragende Frauen in prekären Tätigkeiten kaum Aufmerksamkeit erhalten, geraten öffentlich sichtbare Berufsgruppen ins politische Visier. Diese Selektivität zeigt, dass es nicht um Neutralität oder Schutz geht, sondern um Ausschluss und Symbolpolitik.

Aktuell äussert sich antimuslimischer Rassismus durch die Kopftuchdebatte sowie nun auch in den Angriffen der SVP auf die muslimische Community in St.Gallen aufgrund der Pläne für eine Moschee. Das Muster ist bekannt: Ablenkung durch Sündenbockpolitik, Machtausübung auf Kosten marginalisierter Gruppen und bewusste Spaltung der Gesellschaft. Parallel sind mehrere kantonale Vorstösse hängig, die pauschale Kopftuchverbote an Schulen und Kindergärten anstreben. Demgegenüber setzt die SP auf Verhältnismässigkeit und darauf, dass die Schulen und Schulleitungen vor Ort Einzelfälle am besten beurteilen können. Auf nationaler Ebene problematisiert das Egerkinger Komitee mit seiner Petition «Keine Kopftücher an Schweizer Schulen!» unter dem Vorwand von «Neutralität» und «Frauenrechte» muslimische Frauen gezielt und reproduziert mehrfach diskriminierende Zuschreibungen. Dies ist auch als deutliches Warnsignal für die Demokratie zu lesen. Denn autokratische Tendenzen lassen sich auch daran erkennen, dass – unter anderen – als erstes Frauenrechte angegriffen werden. Und um nichts anderes geht es auch in der aktuellen Debatte: Man will Frauen vorschreiben, was sie wann zu tragen haben und wo sie in welcher Kleidung arbeiten und leben dürfen. Ein Indiz dafür ist auch,

¹ [Antimuslimischer Rassismus](#)

dass es nie um den religiös motivierten Bart eines Mannes geht. Ein von einem generellen Verdachtsmoment abgeleitetes Kopftuchverbot wirkt *geschlechtsspezifisch* und bedingt eine religiöse und herkunftsbedingte Diskriminierung.

Ein klares Bekenntnis gegen jegliche Form von Diskriminierung und Stigmatisierung, gegen pauschale Verbote und hetzerische Kampagnen sind zentral, um unsere Demokratie zu schützen.

Die SP Kanton St.Gallen bezieht klar Position gegen jede Form von Hass, Hetze und gesellschaftliche Spaltung und lehnt jede Form von Rassismus und Diskriminierung ab. Als linke Partei, die Solidarität und Gerechtigkeit als zentrale Pfeiler ihres Programms sieht, sind wir dazu verpflichtet:

- Die SP Kanton St.Gallen steht für eine solidarische, vielfältige und demokratische Gesellschaft ein, in der Menschen unabhängig von Herkunft, Religion oder zugeschriebener Zugehörigkeit vor Ausgrenzung, Rassismus und Diskriminierung geschützt werden.
- Die SP Kanton St.Gallen positioniert sich dezidiert gegen die Instrumentalisierung von Frauenrechten durch rechtskonservative Parteien und Politiker*innen. Die SP Kanton St.Gallen bekennt sich zu intersektionalem Feminismus und zum Recht auf Selbstbestimmung.
- Die SP Kanton St. Gallen bekennt sich erneut klar zu ihrem [Vielfaltsleitbild](#), das am Parteitag 2021 verabschiedet wurde. Durch weitere Unterlagen, Veranstaltungen und in anderer Form bieten wir unseren Mitgliedern die Möglichkeit an, das Thema zu vertiefen und sich weiterzubilden.

Von öffentlichen Institutionen fordert die SP Kanton St.Gallen...

- ...konsequenten Schutz vor Diskriminierung. Religion, Gender oder Herkunft dürfen keine Ausgrenzung nach sich ziehen.
- ...eine entschlossene Bekämpfung von antimuslimischem Rassismus als Form gruppenbezogenen Hasses – insbesondere durch Bildung, Sensibilisierung und effektive rechtliche Massnahmen.
- ...Stigmatisierung entschieden entgegenzutreten, entsprechend hetzerische Kampagnen zurückgewiesen und stattdessen (interreligiösen) Dialog sowie gleichberechtigte Teilhabe gezielt zu fördern.